



Strahlenschutzverordnung sowie der europäischen Gefahrstoffrichtlinie - liefert, sind mit deren Lieferung vollständig ausgefüllte Sicherheitsdatenblätter zu übermitteln.

3. Die Unternehmenspolitik und -ziele des Auftraggebers hinsichtlich Qualität, Umweltschutz, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz sind in einem Integrierten Management Handbuch definiert; weiterreichende Informationen zu den LTB-Managementsystemen sind über den Einkauf LTB abrufbar.

Der Auftraggeber erwartet vom Auftragnehmer die Identifizierung mit der dort beschriebenen Unternehmenspolitik. Die im „Integrierten Management Handbuch“ definierten Unternehmensziele hinsichtlich Qualität, Umweltschutz und Arbeitssicherheit gelten ebenso für den Auftragnehmer.

4. Für Werkvertragsleistungen des Auftragnehmers auf Baustellen des Auftraggebers gelten hinsichtlich Arbeits-/Gesundheits- und Umweltschutz „Ergänzende Werkvertragsbedingungen“, einsehbar unter <https://www.ltb-leitungsbau.de/WVB>, als Vertragsbestandteil. Bei Werkvertragsleistungen erfolgt durch den Auftraggeber stets eine förmliche Abnahme; schlüssige und fiktive Abnahmen sind ausgeschlossen.

XII. Mängelhaftung

1. Der Auftragnehmer gewährleistet, dass seine Lieferungen keine ihren Wert oder ihre Tauglichkeit beeinträchtigenden Mängel aufweisen, dem neuesten Stand der Technik, den in der Bestellung angegebenen Bedingungen sowie den sonstigen zugesicherten Beschaffenheiten, den neuesten Vorschriften der Behörden, den jeweils gültigen sicherheitstechnischen Anforderungen und den einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften entsprechen.

2. Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beginnt mit der Abnahme des kompletten Projektes durch den Kunden des Auftraggebers.

3. Die Verjährungsfrist beträgt 6 Jahre bei einem Bauwerk und einem Werk, dessen Erfolg in der Erbringung von Planungs- oder Überwachungsleistungen hierfür besteht sowie bei einer Sache, die entsprechend ihrer üblichen Verwendungsweise für ein Bauwerk verwendet worden ist und dessen Mangelhaftigkeit verursacht hat; im Übrigen beläuft sich die Verjährungsfrist auf 3 Jahre, sofern gesetzlich keine längeren Fristen vorgesehen sind.

4. Werden Mängel der Lieferungen ungeachtet des Zeitpunktes ihrer Entdeckung innerhalb der Verjährungsfrist für Mängelansprüche vom Auftraggeber gerügt, so sind diese vom Auftragnehmer unverzüglich durch Nacherfüllung kostenlos zu beseitigen. Der Termin für die Behebung der Mängel wird vom Auftraggeber festgesetzt. Für die erforderlichen Genehmigungen hat der Auftragnehmer auf eigene Kosten und Gefahr zu sorgen.

5. Der Auftragnehmer hat außer den Kosten für die Lieferung und Einbau der reparierten bzw. ausgewechselten Teile auch alle mit der Mängelbeseitigung in Zusammenhang stehenden Kosten und Schäden zu übernehmen und außerdem auf seine Kosten die Baustelle wieder in einwandfreien Zustand zu versetzen. Dies gilt auch im Falle der Weiterveräußerung der Lieferung durch den Auftraggeber an einen anderen Ort als den ursprünglichen Erfüllungsort, soweit der Auftragnehmer von der Weiterveräußerung oder Verbringung bei Vertragsabschluss Kenntnis hatte.

6. Wird die Mängelbeseitigung vom Auftragnehmer zu Unrecht abgelehnt oder nicht in angemessener Frist durchgeführt, so ist der Auftraggeber berechtigt, die Nacherfüllung selbst oder durch Dritte durchführen zu lassen, wobei die hierdurch entstehenden Kosten zu Lasten des Auftragnehmers gehen. Die Mängelhaftung des Auftragnehmers wird hierdurch nicht berührt.

7. In dringenden Fällen ist der Auftraggeber unbeschadet seiner sonstigen Ansprüche berechtigt, die Beseitigung des Mangels vornehmen zu lassen oder selbst vorzunehmen, wenn der Auftragnehmer die Leistung ernsthaft und endgültig verweigert oder besondere Umstände vorliegen, die unter Abwägung der beiderseitigen Interessen eine sofortige Mängelbeseitigung rechtfertigen. Hierdurch entstehende Kosten trägt der Auftragnehmer.

XIII. Sonstige Haftung und Versicherung

1. Soweit der Auftraggeber für einen Schaden verantwortlich ist, ist er verpflichtet, den Auftraggeber insoweit von Schadensersatzansprüchen Dritter auf erstes Anfordern freizustellen, als die Ursache in seinem Herrschafts- und Organisationsbereich gesetzt ist und er im Außenverhältnis selbst haftet.

2. Der Auftragnehmer übernimmt im Rahmen seiner vertraglichen Tätigkeiten ausdrücklich die alleinige Verkehrssicherungspflicht unter Berücksichtigung aller einschlägigen Vorschriften.

3. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine Haftpflichtversicherung mit einer ausreichenden Deckungssumme, mindestens jedoch in Höhe von 1,5 Mio. € pro Schadensereignis für Personenschäden/Sachschäden zu unterhalten; stehen dem Auftraggeber weitergehende Schadensersatzansprüche zu, so bleiben diese unberührt.

XIV. Vertraulichkeit von Unterlagen und Datenschutz

1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Bestellungen des Auftraggebers und alle damit zusammenhängenden kaufmännischen und technischen Einzelheiten (insbesondere technische Zeichnungen) sowie dem Auftragnehmer mitgeteilte oder ihm bekannt gewordene Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse des Auftraggebers vertraulich zu behandeln. Vom Auftraggeber gemachte Angaben, von ihm oder dem Auftragnehmer auf Grund solcher Angaben angefertigte Zeichnungen und andere Dokumente dürfen nur mit schriftlicher Einwilligung des Auftraggebers anderweitig v werden.

2. An Abbildungen, Zeichnungen, Berechnungen und sonstigen Unterlagen behält sich der Auftraggeber seine Eigentumsrechte vor; gleiches gilt auch für die Urheberrechte des Auftraggebers, sofern Urheberrechtsfähigkeit an den Inhalten dieser Unterlagen gegeben ist; diese Unterlagen sind ausschließlich für den Zweck der Bestellung zu verwenden; nach Abwicklung der Bestellung sind sie dem Auftraggeber auf Anforderung zurückzugeben. Dem Auftragnehmer steht an diesen Unterlagen kein Zurückbehaltungsrecht zu.

3. Der Auftragnehmer hat seine bei dem Vertrag eingesetzten Mitarbeiter schriftlich auf das Datenergebnis gemäß § 53 BDSG zu verpflichten. Außerdem hat der Auftragnehmer die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen zu treffen, damit die datenschutzrechtlichen Anforderungen gewährleistet werden. Personenbezogene Daten sind vom Auftragnehmer bei Beendigung des Vertrages zu löschen.

4. Die LTB Leitungsbau GmbH, Friedrich-List-Straße 27 in 01445 Radebeul verarbeitet vom Auftragnehmer bereitgestellte personenbezogene Daten: 1. für die Vorbereitung und Durchführung zwischen den Vertragspartnern abgeschlossener Verträge, 2. für die Erfüllung gesetzlicher Pflichten, 3. im Rahmen vom Auftragnehmer erteilter - jederzeit mit Wirkung für die Zukunft frei widerruflicher - Einwilligungen und 4. zur Wahrung berechtigter Interessen des Auftraggebers (Öffentlichkeitsarbeit und Werbung), soweit vom Auftragnehmer entgegenstehende Interessen nicht überwiegen.

Teilweise überträgt der Auftraggeber die Verarbeitung von Daten auf Dienstleister, mit denen zuvor datenschutzrechtliche Vereinbarungen abgeschlossen werden. Darüber hinaus erfolgen im gesetzlich angeordneten Umfang Datenübermittlungen an Dritte. Die Übermittlung von personenbezogenen Daten in Drittstaaten oder an internationale Organisationen ist nicht beabsichtigt. Der Auftraggeber löscht personenbezogene Daten, wenn der Verarbeitungszweck entfallen ist, berechnete Interessen für die weitere Speicherung fehlen und keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten bestehen.

Natürliche Personen, deren Daten der Auftraggeber verarbeitet, können jederzeit Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten verlangen, ihr Recht auf Datenübertragbarkeit ausüben oder einer Datenverarbeitung widersprechen. Erteilte Einwilligungen zur Datenverarbeitung sind mit Wirkung für die Zukunft widerruflich. Zu ihren Gunsten besteht ein Beschwerderecht bei der Datenschutz-Aufsichtsbehörde. Bei Fragen und Anregungen zum Datenschutz können sich diese Personen jederzeit - auch vertraulich - an den betrieblichen Datenschutzbeauftragten des Auftraggebers wenden, der unter datschutz@ltb-leitungsbau.de erreichbar ist.

XV. Subunternehmer und Unterlieferanten, Mindestlohn

1. Zur Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen darf sich der Auftragnehmer Subunternehmern bzw. Unterlieferanten nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Auftraggeber bedienen. Dies gilt nicht für Rohmaterialien, unwesentliche Teile und Ingenieurlieferungen, die branchenüblich nicht vom Auftragnehmer selbst hergestellt werden. Zustimmungspflichtige Gewerke für den Einsatz von Subunternehmern sind in den „Ergänzenden Werkvertragsbedingungen“ benannt. (sh. Punkt XI.)

2. Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer bestimmte Teile der Lieferungen an vom Auftraggeber benannte Subunternehmer bzw. Unterlieferanten zu vergeben.

I. Allgemeine Bestimmungen – Geltungsbereich

1. Für Bestellungen des Auftraggebers LTB Leitungsbau GmbH für Lieferungen und Leistungen (nachfolgend gemeinsam auch „Lieferungen“ genannt) sowie für alle Lieferungen und Angebote des Auftragnehmers gelten ausschließlich diese Einkaufsbedingungen - einsehbar unter <https://www.ltb-leitungsbau.de/AEB>. Entgegenstehende oder von diesen Einkaufsbedingungen abweichende Bedingungen des Auftragnehmers erkennt der Auftraggeber nicht an, es sei denn, er hätte ausdrücklich schriftlich ihrer Geltung zugestimmt.

2. Die vorliegenden Einkaufsbedingungen gelten auch dann, wenn der Auftraggeber in Kenntnis entgegenstehender oder von diesen Einkaufsbedingungen abweichender Bedingungen des Auftragnehmers die Lieferung des Auftragnehmers vorbehaltlos annimmt.

3. Die vorliegenden Einkaufsbedingungen gelten nur gegenüber Unternehmen, juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder gegenüber einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen. Sie gelten auch bei künftigen Geschäften mit dem Auftragnehmer.

4. Im Einzelfall schriftlich getroffene, individuelle Vereinbarungen mit dem Auftragnehmer (einschließlich Nebenabreden, Ergänzungen und Änderungen) haben in jedem Fall Vorrang vor diesen Einkaufsbedingungen.

II. Angebote

1. Der Auftragnehmer hat sich im Angebot an die Bedingungen der Anfrage des Auftraggebers zu halten. Auf Abweichungen ist ausdrücklich hinzuweisen.

2. Sämtliche Angebote erfolgen unentgeltlich und begründen keine Verpflichtung seitens des Auftraggebers.

III. Bestellung und Auftragsbestätigung

1. Bestellungen sowie Änderungen und Ergänzungen bedürfen der Schriftform. Mündliche Abreden bedürfen der schriftlichen Bestätigung.

2. Bestellungen sind vom Auftragnehmer in der vom Auftraggeber vorgegebenen Form unverzüglich zu bestätigen.

IV. Preisstellung

Preise sind ausschließlich ohne Umsatzsteuer zu bilden. Sämtliche Preise sind Festpreise bis zum vereinbarten Lieferende und gelten frei benanntem Lieferort inklusive Verpackung.

V. Liefertermine und Vertragsstrafe

1. Die Lieferung hat, sofern nichts anderes schriftlich vereinbart ist, frei benanntem Lieferort zu erfolgen. Der Auftragnehmer trägt die Gefahr bis zur Ablieferung an der vereinbarten Versandadresse (bei Lieferungen ohne Montage) bzw. bis zur erfolgten Abnahme (bei Werkleistungen). Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn Umstände eintreten oder ihm erkennbar werden, aus denen sich ergibt, dass die vereinbarte Lieferzeit nicht eingehalten werden kann.

2. Eine vorbehaltlose Annahme einer verspäteten Lieferung bzw. Leistung ist nicht als Verzicht auf die dem Auftraggeber wegen der Verspätung zustehenden gesetzlichen Ersatzansprüche zu werten.

3. Im Falle des Verzuges ist der Auftraggeber berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,25 % pro Kalendertag, bis insgesamt höchstens 5 % des Gesamtnettoauftragswertes geltend zu machen. Der Vorbehalt der Geltendmachung der Vertragsstrafe kann noch bis zum Zeitpunkt der Schlusszahlung erhoben werden.

VI. Versandvorschriften, Frachtversicherung und Gefahrenübergang

1. Es ist die für den Auftraggeber günstigste Transportmöglichkeit zu wählen. Teillieferungen sind nur nach ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung durch den Auftraggeber zulässig.

2. Ein Versandavis hat in angemessener Frist an den im Vertrag benannten Ansprechpartner des Auftraggebers zu erfolgen.

3. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, nur Verpackungen (Transport-, Um- und Verkaufsverpackungen) zu verwenden, die den Grundsätzen und Zielen der Verordnung über die Vermeidung und Verwertung von Verpackungsabfällen in der jeweils gültigen Fassung entsprechen. Verpackungsmaterial hat der Auftragnehmer auf Verlangen des Auftraggebers zurückzunehmen.

4. Es ist untersagt, eine Frachtversicherung zu Gunsten des Auftraggebers abzuschließen.

5. Der Auftraggeber ist „SVS/RVS - Verbotskunde“.

VII. Verantwortung des Auftragnehmers

1. Die dem Auftragnehmer im Zusammenhang mit dem Vertrag vom Auftraggeber übermittelten Unterlagen und Angaben entbinden den Auftragnehmer in keinem Fall von einer Kontrolle derselben im Hinblick auf die für eine einwandfreie und vorschriftsmäßige Montage und entsprechenden Betrieb erforderlichen Verhältnisse. Eventuelle Bedenken hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

2. Der Auftragnehmer hat sich über alle Einzelheiten der zu erbringenden Lieferungen Klarheit zu verschaffen. Insbesondere hat sich der Auftragnehmer über die Beschaffenheit des Objektes sowie über die örtlichen Verhältnisse genauestens zu informieren. Der Auftragnehmer kann sich später nicht auf Irrtum oder Nichtwissen berufen bzw. deshalb etwaige Ansprüche gegen den Auftraggeber geltend machen.

VIII. Lieferumfang

1. Der Umfang der Lieferungen ergibt sich aus der Bestellung und den sonstigen Vertragsbestandteilen. Der darin beschriebene Liefer- bzw. Leistungsumfang ist ggf. nicht abschließend beschrieben. Auch alle dort nicht ausdrücklich beschriebenen Leistungen, die notwendig sind, um das schlüsselfertige, funktionstüchtige, mängelfreie, termingerechte und betriebsfähige Vorhaben zu errichten, sind vom Auftragnehmer zu veranlassen und auf seine Kosten zu erbringen.

2. Im Pauschalpreis sind sämtliche Kosten für die vereinbarten Lieferungen enthalten; mit abgegolten sind auch solche Lieferungen, die in der Leistungsbeschreibung nicht ausdrücklich beschrieben werden, die aber für den vereinbarten Liefer- bzw. Leistungserfolg erforderlich sind.

IX. Annahme von Lieferungen und Abnahme

Die Annahme einer Lieferung erfolgt unter dem Vorbehalt der Untersuchung auf Mängelfreiheit. Für die kaufmännischen Untersuchungs- und Rügepflicht gelten die gesetzlichen Vorschriften mit folgender Maßgabe: Die Untersuchungspflicht des Auftraggebers beschränkt sich auf Transportbeschädigungen sowie auf Mengen- und Identitätskontrollen. Soweit eine werkvertragliche Abnahme vereinbart ist, besteht keine Untersuchungspflicht. In allen Fällen des Kaufes von Lieferungen gilt die Rüge des Auftraggebers (Mängelanzeige) als unverzüglich und rechtzeitig, wenn sie innerhalb von 10 Werktagen erteilt wird. Im Übrigen verzichtet der Auftragnehmer auf den Einwand der verspäteten Rüge.

X. Zahlung

Zahlungen des Auftraggebers erfolgen nach Erhalt von Lieferungen, deren ordnungsgemäßer Abnahme sowie nach Aufforderung durch den Auftragnehmer gegen Vorlage einer ordnungsgemäßen, prüffähigen Rechnung - einschließlich der jeweils geforderten Dokumente - innerhalb von 60 Tagen netto nach Rechnungseingang.

XI. Schutzvorschriften und Anforderungen an Auftragnehmer

1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die anerkannten Regeln der Technik sowie insbesondere die vom Gesetzgeber, den Aufsichtsbehörden, den Berufsgenossenschaften und dem VDE erlassenen Vorschriften und Richtlinien hinsichtlich Ausführung, Unfallverhütung und Umweltschutz einzuhalten. Der Auftragnehmer ist verantwortlich, dass sowohl die v. g. allgemeinen Richtlinien, Hinweise und Verordnungen als auch die im Markt des Auftraggebers geltenden speziellen Betriebs-, Kontroll-, Ordnungs- und Sicherheitsvorschriften von seinen Mitarbeitern sowie von seinen Erfüllungsgehilfen eingehalten und befolgt werden.

2. Sofern der Auftragnehmer Gefahrstoffe - im Sinne der Gefahrstoffverordnung und der

Die Zustimmung oder das Verlangen des Auftraggebers zur Einschaltung von Subunternehmern/Untertierlieferanten gemäß den vorstehenden Absätzen entlässt den Auftragnehmer nicht aus seiner vertraglichen Gesamtverantwortung.

3. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den von ihm für die Durchführung der beauftragten Lieferungen nach dem zugrunde liegenden Vertrag eingesetzten Arbeitnehmern mindestens den Mindestlohn gemäß dem Mindestlohngesetz vom 11.08.2014 zu zahlen. Der Auftraggeber ist jederzeit berechtigt, vom Auftragnehmer einen Nachweis bzw. eine schriftliche Bestätigung der Zahlung des Mindestlohns zu verlangen. Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von sämtlichen Ansprüchen frei, die im Falle eines Verstoßes des Auftragnehmers oder dessen Unterauftragnehmer gegen die Vorschriften des Mindestlohngesetzes geltend gemacht werden.

4. Ungeachtet sonstiger Kündigungs- und Rücktrittsrechte ist der Auftraggeber berechtigt, mit sofortiger Wirkung vom Vertrag zurückzutreten oder den Vertrag zu kündigen, wenn der Auftragnehmer und/oder seine Unterauftragnehmer schuldhaft gegen die Bestimmungen der vorstehenden Ziffer XV. Abs. 3 bzw. gegen das Mindestlohngesetz vom 11.08.2014 verstoßen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber den infolge des Rücktritts oder der Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen. Ansprüche des Auftragnehmers wegen Nichterfüllung sind ausgeschlossen. Im Übrigen richten sich die Folgen des Rücktritts und der Kündigung nach den gesetzlichen Bestimmungen.

XVI. Sonstige Pflichten des Auftragnehmers

1. Der Auftragnehmer ist zur Ersatzteilversorgung über die Lebensdauer des Lieferproduktes verpflichtet, mindestens jedoch über einen Zeitraum von 10 Jahren ab dem Zeitpunkt der Erfüllung des zugrunde liegenden Vertrages.

2. Die Zurückbehaltung von Zahlungen oder die Aufrechnung mit Forderungen, die vom Auftraggeber bestritten werden, nicht anerkannt werden, nicht rechtskräftig festgestellt sind oder nicht in einem rechtshängigen Verfahren entscheidungsreif sind, ist ausgeschlossen.

XVII. Einhaltung von Gesetzen

(1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis die jeweils für ihn maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten. Dies betrifft insbesondere geltende Antikorruptions-, Antibetrugs- und Geldwäschegesetze sowie kartellrechtliche, arbeits- und umweltschutzrechtliche Vorschriften sowie die Regelungen des United States Foreign Corrupt Practices Act ("FCPA"), des United Kingdom Bribery Act 2010 ("UKBA") und internationaler Entwicklungsbanken, soweit FCPA, UKBA oder die Regelungen internationaler Entwicklungsbanken anwendbar sind. Diese Verpflichtung umfasst in jedem Fall das Verbot unrechtmäßiger Zahlungen oder die Gewährung anderer unrechtmäßiger Vorteile an Amtsträger, Mitarbeiter internationaler Organisationen, Geschäftspartner, an deren Mitarbeiter, Familienangehörige oder sonstige Partner, und das Verbot von Beschleunigungszahlungen (facilitation payments) an Amtsträger oder sonstige Personen.

(2) Der Auftraggeber ist ein Unternehmen der BKW-Gruppe. Der Auftragnehmer bekennt sich zu den im Lieferantenkodex der BKW-Gruppe (online abrufbar unter https://www.bkw.ch/fileadmin/user_upload/Lieferantenkodex-BKW_de.pdf) niedergelegten Grundsätzen.

(3) Die Vertragsparteien werden sich gegenseitig bei Maßnahmen zur Verhinderung von Korruption unterstützen und sich insbesondere gegenseitig unverzüglich informieren, soweit sie Kenntnis oder einen konkreten Verdacht von Korruptions- und Betrugsfällen im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis haben.

(4) Der Auftragnehmer wird zumutbare Anstrengungen unternehmen, um die Einhaltung der in diesem Abschnitt enthaltenen, den Lieferanten treffenden Verpflichtungen durch seine Untertierlieferanten sicherzustellen.

(5) Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, Kontrollen und Audits bei dem Auftragnehmer durchzuführen und die Einhaltung dieser Klausel XVII. zu überprüfen. Der Auftragnehmer erklärt sich bereit, Zugang zu allen einschlägigen Unterlagen zu gewähren und mit dem Auftraggeber oder dessen Beauftragten bei der Durchführung der Kontrollen, Audits und Überprüfungen uneingeschränkt zusammenzuarbeiten.

(6) Stellt der Auftraggeber fest, dass der Auftragnehmer im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegen Antikorruptions- oder Betrugsvorschriften verstößt, ist der Auftraggeber berechtigt, den Vertrag - ggf. auch außerordentlich - sanktionslos zu kündigen.